

Sehr geehrte Damen und Herrn,

die Stellungnahmen von Herrn Lauterbach und Herrn Prantl zum Ergebnis des Berichtes der MDKS habe ich mit Interesse gelesen.

Einige Aspekte kommen mir in der Gesamtdiskussion allerdings zu kurz. Es geht für alte Menschen in Heimen nicht nur um das physische Überleben (sicherlich berechtigtes Hauptinteresse der MDKS), es geht auch um Lebensqualität und -kultur.

Auch in dieser Lebensphase sind wir noch Menschen mit Körper, Geist und Seele! Viele Menschen würden auch dann gerne noch an mit Tischdecken gedeckten Tischen sitzen und essen. Sie würden gerne gefragt oder wenigstens informiert werden wenn Pflegehandlungen an ihnen vorgenommen werden. Sie würden einfach gerne noch als Mitmenschen gesehen und behandelt werden und nicht nur als als "Pflegefall mit Pflegestufe"

Sicherlich würden viele Pflegekräfte gerne gut und ganzheitlich pflegen, wenn die Umstände, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen es zuließen.

Ich frage mich, warum die Rahmenbedingungen es nicht zulassen?

Meiner Beobachtung nach fehlen Vertreter von Bewohnern, Angehörigen und Betreuern an runden Tischen, bei Pflegesatz- und Heimkostenverhandlungen. Dabei bezahlt dieser Personenkreis aus Privatvermögen den Großteil der Heim- und Pflegekosten. Mit diesen privaten Geldern machen Träger Gewinne, gehen teilweise an die Börse.

Dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Aber den "Kunden" muss dann auch ein gesetzlich verankertes Mitbestimmungs- und Kontrollrecht eingeräumt werden.

Ich bin davon überzeugt, dass wirkliche Verbesserungen nur erreicht werden können, wenn Heim- und Angehörigenbeiräte sich (ähnlich Schulelternbeiräten) regional und überregional organisieren. Vertreter aus diesen Gremien müssen gleichberechtigte Verhandlungspartner bei allen wesentlichen finanziellen und gesetzgeberischen Entscheidungen sein.

Bewohner, Angehörige und Betreuer bezahlen Unsummen aus ihrem privaten Vermögen und haben Angst Verbesserungen und Mitspracherecht zu fordern? Angst ist kein guter Ratgeber. Für unsere Angehörigen und für unsere eigene Zukunft hat sie fatale Folgen.

Wir sollten nicht nur gemeinsam klagen, wir sollten anfangen gemeinsam nach Wegen zu suchen, die uns Mitsprache und -entscheidung erlauben. Wir müssen den Weg unter die Füße nehmen zum Wohl unserer Angehörigen und Betreuten und für unsere eigene Zukunft.

Mit freundlichen Grüßen,

Brigitte Bührlen

PS: Ich bin Angehörige einer alzheimerdementen Mutter. Mehrere Jahre konnte ich

sie zu Hause versorgen. Seit 13 Jahren lebt sie in einem Heim, davon seit 8 Jahren als "Schwerstpflegefall".

Ich bin Mitglied des Heimbeirates und habe einen Angehörigenbeirat mitbegründet